

## Aus anderen sozialistischen Ländern

### Einige aktuelle Aufgaben der Staatsanwaltschaft der UdSSR beim Schutz der sozialistischen Gesetzlichkeit

W. A. ABOLENZEW,  
Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der UdSSR

Die Verfassung der UdSSR von 1977 hat die Rolle und Bedeutung von Gesetz und Gesetzlichkeit unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus genau bestimmt. Kapitel 21 der Verfassung der UdSSR ist der Staatsanwaltschaft gewidmet. Die geltende Verfassung

- widerspiegelt den Inhalt der obersten Aufsicht vollständiger als Aufsicht über die genaue und einheitliche Durchführung der Gesetze und legt fest, daß diese Aufsicht durch den Generalstaatsanwalt der UdSSR und die ihm unterstehenden Staatsanwälte ausgeübt wird;
- präzisiert und erweitert den Bereich der obersten Aufsicht, indem sie alle Ministerien, Staatlichen Komitees und Ämter, Betriebe, Einrichtungen und Organisationen, die vollziehenden und verfügenden Organe der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, die Kollektivwirtschaften, genossenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen sowie Funktionäre einbezieht;
- räumt dem Generalstaatsanwalt der UdSSR das Recht der Gesetzesinitiative im Obersten Sowjet der UdSSR ein;
- enthält die Festlegung, daß der Generalstaatsanwalt der UdSSR dem Obersten Sowjet der UdSSR verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist und in der Zeit zwischen den Tagungen des Obersten Sowjets der UdSSR dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR rechenschaftspflichtig ist;
- legt eine einheitliche Dauer der Vollmachten aller Staatsanwälte (5 Jahre) fest.

Die Leninschen Prinzipien der Organisation und der Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft, die in der Verfassung der UdSSR von 1977 verankert sind, sind im Gesetz der UdSSR über die Staatsanwaltschaft der UdSSR, das vom Obersten Sowjet der UdSSR am 30. November 1979 verabschiedet wurde, voll und ganz übernommen worden.<sup>1</sup> In ihm sind die Aufgaben der Organe der Staatsanwaltschaft in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Sowjetgesellschaft festgelegt: der Schutz der im Grundgesetz des Sowjetstaates verankerten Gesellschaftsordnung der UdSSR, seines politischen und ökonomischen Systems, der in der Verfassung der UdSSR und in den Sowjetgesetzen verkündeten und durch sie garantierten sozial-ökonomischen, politischen und persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger, der Rechte und gesetzlichen Interessen der staatlichen Betriebe, Einrichtungen und Organisationen, Kollektivwirtschaften, genossenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen vor jeglichen Anschlägen (Art. 2). Es wird besonders betont, daß die Staatsanwaltschaft mit ihrer gesamten Tätigkeit zur Erziehung der Funktionäre und Bürger im Geiste der gewissenhaften Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten und der Einhaltung der Gesetze und Regeln des sozialistischen Zusammenlebens beiträgt

Die wichtigste -Funktion der Organe der Staatsanwaltschaft ist die Ausübung der Aufsicht über die Übereinstimmung aller Rechtsakte, die von Ministerien und Staatlichen Komitees, Ämtern, Betrieben, Einrichtungen und Organisationen, vollziehenden und verfügenden Organen der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten, Kollektivwirtschaften, genossenschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen herausgegeben werden, mit der Verfassung der UdSSR und den Gesetzen des Sowjetstaates. Das Regime der Gesetzlichkeit beim Erlaß von Rechtsakten wird ständig gefestigt.

Verletzungen der Gesetzlichkeit sind jedoch noch nicht überwunden. In einer Reihe von Wirtschaftsorganisationen

und Einrichtungen, in Betrieben und im Bauwesen sind sie — wie die Praxis zeigt — zumeist auf falsch verstandene wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und unzureichende Rechtskenntnisse einiger Funktionäre zurückzuführen. Leider verhalten sich einzelne Funktionäre den Forderungen des Gesetzes gegenüber nachlässig. Gegen Akte, die dem Gesetz widersprechen, wird von den Staatsanwälten Protest eingelegt, und sie werden von den betreffenden Organen aufgehoben. Rechte von Einrichtungen oder Bürgern, die verletzt worden waren, werden wiederhergestellt, und diejenigen, die sich des Erlasses ungesetzlicher Akte schuldig gemacht haben, werden ggf. zur Verantwortung gezogen.

Einer der wichtigsten Bereiche der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft ist die Arbeit mit den Briefen, Eingaben und Beschwerden der Bürger, in denen sie ihre Ansichten zum Stand der Gesetzlichkeit mitteilen, über Verletzungen der Gesetzlichkeit informieren und Vorschläge zur Festigung der Rechtsordnung unterbreiten. Die Organe der Staatsanwaltschaft prüfen die Vorschläge, Eingaben und Beschwerden und üben die oberste Aufsicht bei ihrer Behandlung durch die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen sowie Funktionäre aus. Sie leiten Maßnahmen zur Wiederherstellung verletzter Rechte und zum Schutz der gesetzlichen Interessen der Bürger ein und ziehen die Schuldigen zur Verantwortung. Dabei lassen sich die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft strikt von den Hinweisen L. I. Breshnews und von den Forderungen des Beschlusses des Zentralkomitees der KPdSU „Über Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Arbeit mit den Briefen und Vorschlägen der Werktätigen in Auswertung der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU“<sup>2,3</sup> leiten, wonach jeder Parteifunktionär und jeder Leiter verpflichtet ist, die feinfühlig und aufmerksame Einstellung in bezug auf Briefe, Bitten und Beschwerden der Bürger als seine Pflicht gegenüber dem Volk und der Partei zu betrachten.

Die Mitarbeiter der Organe der Staatsanwaltschaft arbeiten ebenso wie die der anderen rechtsschützenden Organe zielstrebig und intensiv. Die Aktivität und das offensive Vorgehen im Kampf gegen Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit werden verstärkt.

Die Errungenschaften des Sowjetstaates auf allen Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sind sehr groß und allgemein bekannt. Das Anwachsen des Wirtschaftspotentials wird auch im laufenden Fünfjahrplan erfolgreich fortgesetzt. Der Volkswirtschaft wird jedoch durch Entwendungen sozialistischen Eigentums, Mißwirtschaft, falsche Berichterstattung und andere Verletzungen der Gesetze, die mitunter in einigen Betrieben und Organisationen begangen werden, großer Schaden zugefügt. Und hier handelt es sich nicht nur um ökonomischen Schaden, sondern auch um ethischen, moralischen Schaden, da sich die verschiedenen Rechtsverletzungen negativ auf das moralische Klima in den Kollektiven auswirken.

In dem umfangreichen und vielseitigen Programm für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Staates steht jetzt die Aufgabe im Vordergrund, das Land zuverlässig mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen zu versorgen. Auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU im Mai 1982 wurde das Lebensmittelprogramm der UdSSR für den Zeitraum bis 1990 angenommen, das ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaftsstrategie der Partei in diesem Jahrzehnt ist. Das Plenum bestätigte eine Reihe von Beschlüssen des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerates der UdSSR, die konkrete Maßnahmen zur Sicherung der proportionalen und abgestimmten Entwicklung aller Zweige des Agrar-Industrie-Komplexes, eines hohen Tempos der landwirtschaftlichen Produktion, der effektiven Nutzung des Bodens, der allseitigen Stärkung der materiell-technischen Basis, der besseren Nutzung des produktionstechnischen Potentials, der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, der Reduzierung von Verlusten und der Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie der weiteren Ver-